26.01.2017

Beschlussempfehlung und Bericht

des Innenausschusses

zu dem Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/13308

Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes und Kommunalpolitiker vor Übergriffen schützen!

Berichterstatter

Abgeordneter Daniel Sieveke

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 16/13308 – wird abgelehnt.

Datum des Originals: 26.01.2017/Ausgegeben: 30.01.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion der CDU **Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes und Kommunalpolitiker vor Übergriffen schützen!** - Drucksache 16/13308 - wurde am 2. Dezember 2016 vom Plenum an den Innenausschuss - federführend - sowie an den Ausschuss für Kommunalpolitik und den Unterausschuss Personal überwiesen. Die abschließende Aussprache und Abstimmung sollen nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses erfolgen.

B Beratung

Der Antrag wird am 26. Januar 2017 im Innenausschuss zur Beratung aufgerufen und nach Beratung zur Abstimmung über eine Beschlussempfehlung gestellt.

Zu der Beratung liegen die ablehnenden Voten der zur Mitberatung aufgerufenen Ausschüsse vor.

Die Fraktion der CDU führt eingangs zu ihren Beweggründen aus und wirbt um Zustimmung für ihre Forderung nach einem ganzheitlichen Sicherheitskonzept für die Landesverwaltung, an welchem sich die Kommunen auf freiwilliger Basis beteiligen können sollen. Die Fraktion habe sich seit 2010 mit etlichen Anträgen für Respekt und Anerkennung und für die Verbesserung der Sicherheitssituation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung eingesetzt; alle Initiativen seien aber abgelehnt worden. Gerne hätte die Fraktion die jetzige Forderung auf eine breitere Basis gestellt. Vielleicht lasse sich in der kommenden Legislatur gemeinsam im Interesse der Beschäftigten handeln.

Die Fraktion der SPD erachtet eine gemeinsame Initiative im Grundsatz als möglich, hätte sich jedoch im Vorfeld der CDU-Initiative eine Einbindung gewünscht. Der vorliegende Antrag sei nicht zustimmungsfähig. Die Fraktion stellt heraus, dass die Forderung an der Realität vorbeigehe. Es gäbe bereits zahlreiche Maßnahmen im Sinne der Beschäftigten. Obwohl das Land nicht zuständig sei, böte es gleichwohl auch Maßnahmen für kommunale Bedienstete an.

Die Fraktion der FDP bestätigt ein vorgehaltenes Angebot, kritisiert aber einen unzureichenden Umfang. Vorkommnisse würden zudem abhängig von der Behördenleitung unterschiedlich verfolgt. Der Antrag der CDU sei in jedem Fall zustimmungsfähig.

Die Landesregierung hebt hervor, dass für sie insbesondere das Thema Gewalt gegen Polizeibeamte eine hohe Priorität hat. Eine uneinheitliche Behandlung könne sie nicht bestätigen. Es gäbe eine klare Erlasslage und regelmäßige Evaluierung. Die Vorgehensweise der CDU-Fraktion, mit einem einheitlichen Konzept über alle Kommunen hinweg könne man dem vielschichtigen Problem begegnen, sei nicht die richtige. Sie hingegen wolle den Dialog mit den Kommunen aufnehmen und werde passgenaue Lösungen erarbeiten.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bekräftigt die bislang angebotenen Maßnahmen und führt weitere an, die durch aktuelle Gesetzes- und Bundesratsinitiativen realisiert würden. Mit Blick auf ein gemeinsames Vorgehen bedauert sie das Vorpreschen der Fraktion der CDU.

C Abstimmung

Der Innenausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP den Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 16/13308 – abzulehnen.

Daniel Sieveke
Vorsitzender